

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 47, 3. Jhrg. (C)

Frankfurt/Main, 9.3.1949.

Seite 1

Die Information des Tages:

Aus der Union

Zur Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CSU hat der Bezirksverband Unterfranken die Minister Dr. Josef Müller und Dr. Hundhammer aufgefordert, umgehend vor den unterfränkischen CSU-Mitgliedern ihre Meinungen darzulegen und für ihre Handlungen Rechenschaft abzulegen.

Der geschäftsführende Vorstand der CSU beschloss, Pressemeldungen zufolge, zum 12. März die erweiterte Landesvorstandschafft der CSU einzuberufen. Sie wird sich u. a. mit dem Vorschlag des Abgeordneten Dr. Kroll befassen, der ein Dreierdirektorium der Partei vorsieht, das aus Dr. Ehard, Dr. Hundhammer und Dr. Semler bestehen soll.

Personelles

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Dr. Gerecke (CDU) erklärte vor Pressevertretern, dass er sich keineswegs für die Nachfolge des Direktors der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Schlange-Schöningen, vorbereite. Er setze sich für die Beibehaltung der Bewirtschaftung der Grundnahrungsmittel ein, weil es im Interesse der Verbraucher notwendig und richtig sei.

Der südbadische Landtag wählte den ODU-Abgeordneten Anton Hilpert zum Nachfolger des wegen Krankheit zurückgetretenen Abgeordneten Dr. Fecht.

Landwirtschaft

Der Direktor der VELE, Dr. Schlange-Schöningen wurde in Kiel vom Landesverbandsvorsitzenden der ODU, Abg. Carl Schröter empfangen. In den zur Erörterung stehenden Fragen der Ernährungswirtschaft wurde volle Übereinstimmung zwischen den Interessen Schleswig-Holsteins und der Frankfurter Ernährungszentrale erzielt.

Aus der Frauenarbeit

Auf der Jahreshauptversammlung des Frankfurter Frauenverbandes wurde Frau Lissy Leister (ODU) in den Vorstand gewählt.

Innenpolitik

Auf einer Kundgebung der Deutschen Wählergesellschaft in Frankfurt trat Dr. Gerhard Kroll (ODU) als Mitglied des Parlamentarischen Rates mit Nachdruck für das Mehrheitswahlrecht ein.

VerfassungsfragenJakob Kaiser zur Verfassungs-Denkschrift

Der Berliner Vertreter in Bonn, Jakob Kaiser (CDU) äusserte seine Enttäuschung darüber, dass die Alliierten den Beschluss des Parlamentarischen Rates abgelehnt haben, nachdem Berlin zwölftes Gründersland der Bundesregierung sein sollte. "Zwingende Notwendigkeiten der deutschen Politik haben den Parlamentarischen Rat bestimmt, diesen Beschluss zu fassen, der von der Bevölkerung Berlins und auch der Ostzone mit grösster Genugtuung begrüsst worden ist." Die Aufnahme Berlins würde, so sagt Jakob Kaiser, dem Willen aller Deutschen sichtbaren Ausdruck geben, dass die in Bonn eingeleitete staatliche Organisation unseres Landes sich nicht auf Westdeutschland beschränkt, sondern mit dem Willen zur staatlichen Einheit Deutschlands alle Gebiete umfasst, denen in dieser Hinsicht freie Entscheidung möglich ist.

SozialpolitikEine notwendige Klarstellung

Die Hamburger Zeitung "Die Zeit" brachte in ihrer Nr. 52 einen Artikel mit der Überschrift "Suchdienst in Not". Der Artikel befasst sich mit der Arbeit des Suchdienstes in der Bizone, kommt jedoch in einem Satze auch auf die Arbeit des Suchdienstes in der französischen Zone zu sprechen, indem er folgendes behauptet: "...denn Bayern, Württemberg-Baden und Hessen haben beschlossen, den Suchdienst nach Muster der französischen Zone zu reorganisieren. Und das grenzt ans Groteske. Die französische Zone...kennt nämlich überhaupt keinen Suchdienst....."

Der Schreiber dieses Artikels beweist mit dieser Behauptung, dass seine Ausführungen von Sachkenntnis nicht getrübt sind. In Wirklichkeit arbeitet der Suchdienst in der französischen Zone und in Rheinland-Pfalz seit zwei Jahren mit grossem Erfolg. Die Einrichtung des Suchdienstes wird von der Bevölkerung in Hinblick auf die wertvollen Ergebnisse in grossem Maße in Anspruch genommen. Sämtliche Dienststellen der Verwaltung sowie die Organisationen der freien Wohlfahrtsverbände haben in gemeinsamer Arbeit so viele Fälle von Vermissten aufgeklärt, dass es überflüssig erscheint, Einzelheiten vorzutragen.

Der Minister für Gesundheit und Wohlfahrt, Junglas (CDU), wendet sich dagegen, dass von anderer Seite die Arbeit des Suchdienstes in der französischen Zone deswegen herabgesetzt werden soll, weil innerhalb der Bizone wegen der Vereinheitlichung des Suchdienstes Unklarheiten bestehen. In der französischen Zone ist der Suchdienst einheitlich organisiert und arbeitet reibungslos mit grossem Erfolg. Dieses wird durch die Tatsache bewiesen, dass die süddeutschen Länder ihren Suchdienst nach dem Muster des Suchdienstes der französischen Zone aufbauen wollen.

InnenpolitikRegierungskoalition in Niedersachsen hat sich bewährt

Zur Politik der niedersächsischen Regierung schreibt unser Mitarbeiter aus Hannover:

Die gegenwärtige Regierung in Niedersachsen besteht aus fünf Ministern der SPD, vier der CDU und einem Vertreter des Zentrums. Bei der Bildung der Regierung im Juni 1948 war vorgesehen, grundsätzlich nur die beiden grossen Parteien an der Regierung zu beteiligen. Auf besonderen Wunsch des Zentrums, das in Niedersachsen mit sechs Abgeordneten im Landtag vertreten ist, erklärte sich die CDU einverstanden, das ihr zustehende Ressort eines Ministers für besondere Aufgaben dem Zentrum zu überlassen.

Die Regierungsarbeit ist seit diesem Zeitpunkt ohne jegliche Erschütterungen vor sich gegangen. Das von der SPD oft propagierte Gesetz für eine Schulreform, das in Schleswig-Holstein eingeführt wurde, ist in Niedersachsen nicht zustande gekommen. Das Bodenreformgesetz, das in Schleswig-Holstein und Rheinland-Westfalen sehr übereilt eingebracht wurde und in beiden Fällen von der Militärregierung nicht bestätigt worden ist, hat dem niedersächsischen Landtag noch nicht vorgelegen. Im Kabinett wird diese Vorlage zur Zeit beraten unter besonderer Berücksichtigung der Beanstandungen beider Militärregierungen in den vorgenannten Fällen. Daneben ist aber bereits - dank der vorbildlichen Zusammenarbeit der niedersächsischen Staatsregierung mit dem Verband des niedersächsischen Landvolkes, einer Organisation, die über 80 % der gesamten Landbevölkerung umfasst - ein grosszügiges Siedlungsprogramm in Angriff genommen. Bereits im vergangenen Jahre wurden über 350 neue landwirtschaftliche selbständige Existenzen geschaffen. Rund 25 000 ha Siedlungsland liegt ohne Bodenreformgesetzgebung bereit und 3000 nicht mehr bewirtschaftete Höfe, deren Ländereien in Einzelpacht abgegeben wurden, stehen zur Neubewirtschaftung frei.

Es liegen keinerlei Anzeichen vor, dass die gegenwärtige Koalition etwa vor Beendigung der Legislaturperiode des Landtages, also bis zum April 1951, beendet werden sollte.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt/Main, Bettinastr. 64
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt/Main III/49/600
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
